

GERMAN-RUSSIAN INTERNATIONAL DIALOGUE

Moskau, 3. Dezember 2016

RUSSLAND UND EUROPA IN UNSICHEREN ZEITEN

KÖRBER-STIFTUNG
INTERNATIONALE POLITIK

April 2017

Zusammenfassung der Ergebnisse

- Nach den US-Präsidentenwahlen prägen neue Unsicherheiten die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen. Eine wesentliche Verbesserung der US-russischen Beziehungen ist nicht zu erwarten. Europa wiederum hat verstanden, dass es jetzt mehr Verantwortung in der Außen- und Sicherheitspolitik übernehmen muss. Die Bemühungen um eine Konfliktbeilegung in der Ostukraine drohen zu einem »führungslosen Prozess« zu werden, insbesondere angesichts der bevorstehenden Wahlen in Frankreich und Deutschland.
- In Hinblick auf Sicherheit in Europa können bestehende Mechanismen und Foren, wie die Initiative zur kooperativen Nutzung des Luftraums (CAI) des NATO-Russland-Rats, das Wiener Dokument der OSZE und bilaterale Abkommen, das Risiko unbeabsichtigter Konfrontationen mindern helfen.
- Zunehmend verweist das Scheitern internationaler Projekte zur weiteren Integration des Welthandels (so etwa der Brexit und der Ausstieg der USA aus der Transpazifischen Partnerschaft TPP) auf eine Tendenz ökonomischer Fragmentierung. Eine Verweigerung der Zusammenarbeit mit der EAWU kommt aus russischer Perspektive einer Form der europäischen »Selbstverneinung« gleich.
- Die Chancen für eine Zusammenarbeit in Syrien und Afghanistan bleiben begrenzt. Aus der Sicht Russlands hätte Syrien ohne die russische Intervention zu einem »zweiten Libyen« werden können. Deutsche Teilnehmer hingegen betonten das Recht des syrischen Volkes, über seine eigene Zukunft entscheiden zu können. Die Lage in Afghanistan beurteilten die Teilnehmenden als weiterhin instabil. In Anbetracht eines möglichen vorzeitigen Abzugs der NATO könnte sich Russland künftig stärker in Afghanistan engagieren.

Eine neue US-Regierung: Auswirkungen auf die globale Ordnung

Ein russischer Teilnehmer erklärte, es sei nicht zwangsläufig davon auszugehen, dass sich zwischen dem neuen US-Präsidenten und der russischen Regierung eine Allianz entwickle. Es ließe sich nicht sagen, dass »wenn Trump gewinnt, auch Putin gewinnt«. Zwar habe Russland die Niederlage Hillary

Clintons, jedoch nicht unbedingt den Sieg Donald Trumps begrüßt. Aus der Sicht Russlands habe der überraschende Ausgang gezeigt, dass die »liberale Ära« in der internationalen Politik unter der Präsidentschaft Barack Obamas eher eine Ausnahme gewesen sei als die neue Norm. Die meisten russischen Teil-

nehmenden erwarteten von der neuen US-Regierung keine signifikante Verbesserung der Beziehungen zwischen den USA und Russland. Stattdessen gingen sie davon aus, dass sich die Beziehungen weiterhin in den gewohnten Bahnen zwischen Neuanfang, Spannungen, Eskalation und Entspannung bewegen. Ein russischer Teilnehmer brachte seine Sorge über isolationistische Tendenzen und deren Auswirkungen auf die Weltordnung zum Ausdruck, sollten die USA nicht länger Verantwortung für wichtige globale Gemeingüter in Bereichen wie der Nichtverbreitung, des Freihandels und der Eindämmung des Klimawandels übernehmen wollen.

Ein weiterer russischer Teilnehmer vermutete, dass bei den bevorstehenden Wahlen in Deutschland und Frankreich ähnlich überraschende Ergebnisse zu erwarten seien. Für Politiker in diesen Ländern sei ein stärkerer Fokus auf innere statt auswärtige Angelegenheiten daher unerlässlich. Bezüglich der EU-Sanktionen gegenüber Russland merkte ein russischer Teilnehmer an, dass Deutschland Gefahr laufe, sich mit seiner Unterstützung der Sanktionen zu isolieren.

Wie ein deutscher Teilnehmer anmerkte, sei es aus europäischer Perspektive heute unvermeidbar, dass die Europäische Union in der Außen- und Sicherheitspolitik mehr Verantwortung übernehme. Allerdings erschwerten unterschiedliche Bedrohungswahrnehmungen – insbesondere in den östlichen und südlichen Mitgliedsstaaten – die Entwicklung eines gemeinsamen Konzepts für eine stärkere Rolle der EU. Auf die Frage eines russischen Teilnehmers, ob die Absicht der EU, die gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik weiterzuentwickeln, zu einer Stärkung der europäischen Stimme innerhalb der NATO oder zu alternativen Sicherheits- und Verteidigungsprojekten im Rahmen der EU füh-

ren wird, antwortete eine deutsche Teilnehmerin, dass die NATO und die EU integrierte und nicht konkurrierende Strategien entwickeln würden. Die erklärte Bereitschaft Deutschlands zur Übernahme größerer Verantwortung führe, im Angesicht des offenbaren

**»KÜNFTIG WIRD EUROPA
IN DER AUSSEN- UND
SICHERHEITSPOLITIK
UNAUSWEICHLICH MEHR
VERANTWORTUNG ÜBER-
NEHMEN MÜSSEN.«**

Unwillens anderer EU-Staaten, eine solche Rolle zu übernehmen, dazu, dass Berlin noch stärker ins Rampenlicht rücke.

Ein russischer Teilnehmer argumentierte, dass die neue US-Regierung gezwungen sein werde, mehr Ressourcen auf China und den asiatisch-pazifischen Raum zu verwenden. Unter diesen Umständen würden sich die USA unweigerlich weniger in Europa engagieren. Die Verantwortung für einen Abbau der Spannungen in der gemeinsamen Nachbarschaft obliege daher Russland und Europa.

Ein deutscher Teilnehmer merkte an, dass die Wahlen in Frankreich und Deutschland die Bemühungen zur Lösung des Konflikts in der Ostukraine zu einem »führungslosen Prozess« werden lassen könnten. Dennoch blieben das »Normandie-Format« und Minsk II unverzichtbar. Ein Zurückfahren oder eine Institutionalisierung des Formats könnte eine Option darstellen, zuerst müssten jedoch greifbare Ergebnisse erzielt werden. Sollte der neue US-Präsident diese Bemühungen nicht unterstützen oder einen »Deal« mit Russland verfolgen, könnte dies zu noch größeren Unwägbarkeiten führen.

Perspektiven für Internationale Integrationsprojekte

Einhellig stimmten die deutschen Teilnehmenden darin überein, dass die EU, von der viele Bürgerinnen und Bürger enttäuscht seien, nach dem Brexit-Referendum und der US-Präsidentschaftswahl dringend eine ehrliche Debatte über ihre Zukunft benötige. Die Bedeutung der EU als sicherheitspolitischer Akteur werde unter dem Austritt Großbritanniens leiden: Die EU verliere nicht nur einen Mitgliedsstaat mit Vetorecht im UN-Sicherheitsrat, sondern auch ein Land mit nuklearem Arsenal. Ein weiterer deutscher Teilnehmer ergänzte, dass eine Verschlechterung der Beziehungen zu Großbritannien – und London als Finanzzentrum – den Interessen der EU entgegenstehe, und bezweifelte die Möglichkeit, ein vergleichbares Finanzzentrum

»BEIM WELTHANDEL STEHEN DIE ZEICHEN AUF FRAGMENTIERUNG, NICHT AUF INTEGRATION.«

auf dem europäischen Festland zu etablieren.

Ein russischer Teilnehmer betonte, dass die Zeichen im Welthandel eher

auf Fragmentierung als auf Integration stünden. Seiner Ansicht nach könne dies eine Neuordnung globaler Handelsblöcke zur Folge haben. Auf Handel und Investitionen in Russland hätte die Transpazifische Partnerschaft (TPP) negative Auswirkungen haben können, weswegen Russland es begrüße, dass die Pläne jetzt auf Eis lägen. Außerdem hätten einige in Russland TPP für eine Art Neuauflage der WHO gehalten und einen möglicherweise langwierigen und komplizierten Beitrittsprozess befürchtet. Während die meisten Teilnehmenden darin übereinstimmten, dass Chinas Projekt der Neuen Seidenstraße (One Belt, One Road) vom TPP-Stopp

profitieren würde, gab ein deutscher Teilnehmer zu bedenken, dass China angesichts der neuen US-Regierung die Situation und seine Investitionskosten überdenken könnte. Aus russischer Sicht wurde die Hoffnung geäußert, dass das Projekt der Neuen Seidenstraße der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) größeres Gewicht verleihen könnte, auch wenn einige der vorgeschlagenen Handelsrouten die EAWU möglicherweise außen vor lassen könnten. Deshalb sollte Russland eine »Politik der multiplen Optionen« verfolgen und seinen Handel etwa durch eine Intensivierung der Beziehungen zu den ASEAN-Staaten diversifizieren.

Ein russischer Teilnehmer kritisierte den mangelnden Einsatz der EU: Da die EAWU nach dem Vorbild der EU aufgebaut worden sei, käme eine Verweigerung der Zusammenarbeit einer Form der »Selbstverneinung« gleich. Während ein Szenario vertiefter Integration derzeit unwahrscheinlich sei, wurden Maßnahmen zur Erleichterung von Investitionen und dem Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse dennoch als Bereiche einer möglichen Zusammenarbeit zwischen der EU und der EAWU diskutiert. Ein deutscher Teilnehmer merkte an, dass es aus europäischer Sicht unklar sei, welche Formen einer wirtschaftlichen Integration mit den östlichen Nachbarn der EU

von Russland toleriert werden würde. Ein russischer Teilnehmer antwortete, nur zuverlässige und institutionalisierte Regeln könnten

Staaten die Wahl zwischen zwei Blöcken ersparen. Zwar seien Freihandelsabkommen zwischen der EU und der EAWU vorstellbar, eine Einbindung in die Zollgemeinschaft der

»RUSSISCHE INTERESSEN IN DER NACHBARSCHAFT DÜRFEN NICHT IGNORIERT ODER AUSGESCHLOSSEN WERDEN.«

EU sei jedoch unerwünscht. Nach Aussagen eines russischen Teilnehmers müsse unbedingt der Eindruck vermieden werden, dass russische Interessen und Anliegen für die regionalen Wirtschaftsstrategien der EU bedeutungslos seien oder ignoriert werden. Serbien wurde als Beispiel einer möglichen Verbindung beider Integrationsprojekte durch Freihandelsabkommen sowohl mit der EU als auch mit der EAWU angeführt.

Sicherheit in Europa

Nach Ansicht eines russischen Teilnehmers sei die Sicherheitslage in Europa derzeit angesichts fehlender beziehungsweise dysfunktionaler Mechanismen zur Vermeidung

militärischer Zwischenfälle gefährlicher als zu Zeiten des Kalten Krieges. Die NATO und Russland befänden sich in einer Spirale sich zunehmend verschlechternder

Beziehungen, bei der jede Seite reziprok auf Aktionen der jeweils anderen Seite reagiere. Eine solche Entwicklung zeige sich nicht nur in der Ostsee, sondern auch im Schwarzen Meer und im Mittelmeer. Große Sorge bereite hier vor allem die physische Nähe der Streitkräfte zueinander. Als Gegenmaßnahme schlug ein russischer Teilnehmer die Einrichtung militärisch neutraler Sicherheitszonen in Europa sowohl auf NATO- als auch auf russischem Hoheitsgebiet vor. Ein anderer russischer Teilnehmer plädierte für rhetorische Mäßigung und die Einführung vertrauensbildender Maßnahmen. Gleichzeitig zeigte sich dieser Teilnehmer überrascht, auf welche

Skepsis der russische Vorschlag zur Nutzung von Transpondern im Luftraum über der Ostsee bei der NATO gestoßen sei. Ein deutscher Teilnehmer erwiderte, dass die russische und die westliche Analyse über die Ursachen der momentanen Sicherheitslage in Europa sehr weit auseinandergingen. Aus westlicher Sicht blieben die Annexion der Krim und die russische Intervention in der Ostukraine inakzeptabel und bildeten die Grundlage für die neue zweigleisige Strategie der NATO von Abschreckung und Dialog.

Einer deutschen Teilnehmerin zufolge ließe sich das Risiko unbeabsichtigter Konfrontationen durch Mechanismen und Foren wie die Initiative zur kooperativen Nutzung des Luftraums (CAI), das Wiener Dokument der OSZE und bilaterale Abkommen zur Verhinderung gefährlicher Militäraktionen verringern. Die Teilnehmer stimmten darin überein, dass nur die Wiederaufnahme des technischen Dialogs die Basis für Gespräche über umfassendere Sicherheitsvereinbarungen in Europa bieten könne, und diskutierten das Potenzial der OSZE, in diesen Gesprächen als Forum zu dienen. Eine deutsche Teilnehmerin verwies auf den Vorschlag des ehemaligen deutschen Außenministers Steinmeier für einen neuen strukturierten Dialog zur Rüstungskontrolle innerhalb der OSZE und äußerte die Hoffnung, dass Russland zu einer Kooperation bereit sein könnte.

Ein russischer Teilnehmer erklärte, dass der Anstoß zu einer Verbesserung der Beziehungen mit dem Westen innerhalb der russischen Führung von Politikern ausgehen müsse, da die militärische Führung dazu keinerlei Anreiz habe und auch kein aus-

»MECHANISMEN UND
REGELUNGEN ZUR VERHIN-
DERUNG MILITÄRISCHER
ZWISCHENFÄLLE FEHLEN
ODER SIND DYSFUNK-
TIONAL.«

»SICH EINZIG AUF DAS
MILITÄR ZU VERLASSEN IST
WIE SCHACH SPIELEN MIT
NUR EINER FIGUR.«

reichend wichtiger Akteur sei. Das Militär sei zufrieden mit der derzeitigen strategischen Balance und sehe sich durch die in seinen Augen erfolgreiche Intervention in Syrien bestätigt. Sich einzig auf das Militär zu verlassen sei jedoch wie »Schach spielen mit nur einer Figur«.

Perspektiven zu Syrien und Afghanistan

Bei der Erörterung möglicher gemeinsamer Interessen in Syrien betonte ein russischer Teilnehmer, dass es einer politischen und keiner militärischen Lösung bedürfe. Ein deutscher Teilnehmer unterstrich, dass angesichts der militärischen Intervention Russlands und dem Unwillen Europas und der USA, sich stärker in Syrien zu engagieren, Russland bei der zukünftigen Entwicklung des Landes zwangsläufig eine wesentliche Rolle spielen werde.

Im Sinne einer Reduzierung der Flüchtlingszahlen in Europa sei die militärische Intervention Russlands in Syrien kontraproduktiv gewesen. Ein russischer Teilnehmer erklärte, die Präsenz von Dschabat Fateh al-Scham habe die Einnahme von Aleppo notwendig gemacht, denn man habe verhindern müssen, dass die Organisation zu einer systemischen Kraft in Syriens politischer Zukunft werde. Außerdem plädierte er für ein System geteilter Machtausübung: Russlands Interesse gelte letztlich der Stabilität, und hierfür müsse man sich nicht unbedingt auf Dauer an Assad binden. Ohne die russische Intervention hätte Syrien jedoch zu einem »zweiten Libyen« werden können: Nach einem Sturz Assads hätte der darauf folgende Machtkampf rivalisierender Fraktionen die Flüchtlingszahlen vermutlich noch weiter ansteigen lassen. Zudem schienen Deutschland und Europa

ihren Einfluss auf die Türkei allmählich zu verlieren.

Ein russischer Teilnehmer war der Meinung, dass aufgrund einer Reihe gemeinsamer Interessen eine Kooperation zwischen den USA und Russland in Syrien nach wie vor möglich sei: Beide sähen den IS als größte Bedrohung für die Sicherheit und wollten den Zerfall des syrischen Staates und seine Übernahme durch Extremisten verhindern. Darüber hinaus hätten weder die USA noch Russland ein Interesse daran, zu Geiseln konkurrierender Regionalmächte und ihrer Ambitionen zu werden. Schon allein deshalb dürften die USA den Syrienkonflikt nicht an Russland »auslagern«.

Nach Einschätzung eines weiteren russischen Teilnehmers müsste eine Roadmap für Frieden und einen geordneten Übergang in Syrien mindestens folgende Elemente umfassen: Erstens müsse auf regionale Akteure Einfluss genommen werden, um sicherzustellen, dass sie keine Agenda zur Teilung Syriens verfolgen, da dies zu einer Kettenreaktion und ähnlichen Ergebnissen im Irak führen könnte. Zweitens bräuchte es, damit Syrer ein Interesse haben, Teil eines einheitlichen Staatsgebildes zu bleiben, Anreize insbesondere in Form von Wirtschaftsbeihilfen (analog zu Bosnien und Herzegowina). Drittens müsste ein Friedensabkommen von Garantiemächten durchgesetzt werden; dies könnte beispielsweise durch eine gemeinsame Position des UN-Sicherheitsrats und einer UN-Friedensmission unter dem neuen Generalsekretär erreicht werden. Viertens müsste ein Dialogformat zur Erörterung von Fragen wie Minderheiten-

**»GEBRAUCHT WIRD
EINE OSZE FÜR DEN
NAHEN UND MITTLEREN
OSTEN, EINSCHLIESSLICH
ISRAEL UND IRAN.«**

rechten und übergreifenden regionalen Sicherheitsstrukturen im Nahen und Mittleren Osten eingeführt werden. Langfristig brauche der Nahe und Mittlere Osten ein an die OSZE angelehntes Modell, das auch Israel und Iran miteinschließe.

Ein deutscher Teilnehmer ergänzte, dass die EU über die notwendige Infrastruktur und Kapazitäten für eine Unterstützung des Wiederaufbaus in Syrien verfüge, aber bisher zögere, sich zu engagieren. Ein russischer Teilnehmer schlug vor, EU-Hilfen zum Wiederaufbau an die Aussetzung bewaffneter Auseinandersetzungen zu knüpfen. Insgesamt müssten die internationalen, regionalen und syrischen Interessensvertreter mit Verweis auf das gemeinsame Interesse an Stabilität insbesondere in Hinblick auf die ethnischen und religiösen Konfliktlinien durch konzertierte Bemühungen an Bord geholt werden. Ein deutscher Teilnehmer bezweifelte, dass externe Akteure Einfluss auf die zukünftige politische Ordnung des Landes nehmen könnten. Es sei das Recht und die Verantwortung des syrischen Volkes, selbst über seine Zukunft zu bestimmen. Externe Akteure müssten daher einen möglicherweise langen und mühsamen Übergangsprozess hinnehmen, zumindest solange der Westen nicht bereit sei, sich politisch und militärisch aktiver einzubringen, sondern nur Wiederaufbauhilfe anbietet.

Mit Blick auf Perspektiven für Afghanistan merkte ein deutscher Teilnehmer an, dass dies derzeit die einzige Mission sei, bei der die NATO noch hoffen könne, Frieden zu erreichen. Ein russischer Teilnehmer kritisierte die aus russischer Sicht mangelnden Anstrengungen bei der Bekämpfung des Drogenhandels und verwies auf die gravierenden Folgen für die öffentliche Gesundheit in Russland.

Ein deutscher Teilnehmer erklärte daraufhin, wie schwierig es sei, die Routen des Drogenhandels zu kontrollieren und alternative Einkommensquellen statt des Mohnanbaus zu schaffen, zumal beides nicht im Mandat der Mission inbegriffen sei.

»DER EINSATZ IN AFGHANISTAN IST DER EINZIGE, DER IMMER NOCH ZU FRIEDEN FÜHREN KÖNNTE.«

Insgesamt kritisierten die Teilnehmer die nur unzureichende Stabilisierung Afghanistans. Ein deutscher Teilnehmer erkundigte sich nach der Möglichkeit einer russischen Beteiligung am infrastrukturellen Wiederaufbau. Ein russischer Teilnehmer antwortete, dass Russland sich bei der aktiven Stabilisierung und dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Afghanistans bisher zurückgehalten habe, sich künftig aber aktiver einbringen werde. Ganz sicher seien die Kosten für die Stabilisierung Afghanistans zu hoch, als dass sie von einem einzelnen Land alleine getragen werden könnten. Aus russischer Sicht sei eine Kooperation mit Deutschland und der EU vorstellbar, kaum jedoch mit der NATO.

Einhellig sahen die Teilnehmer die Wirtschaftsentwicklung als Grundvoraussetzung für eine Stabilisierung des Landes. Ein russischer Teilnehmer warf ein, dass China zum wichtigsten wirtschaftlichen Akteur in Afghanistan werden könnte, sollten die USA ihr Engagement zurückfahren. Ein weiterer russischer Teilnehmer entgegnete, dass China sich bei bleibend schlechter Sicherheitslage mit signifikanten Investitionen zurückhalten werde. Auf lange Sicht sei es jedoch erstrebenswert, China durch konzertierte Bemühungen als Sicherheitsakteur in Afghanistan einzubinden. Eine Kooperation mit China könnte auch der Einflussnahme auf konkur-

rierende Regionalmächte dienen. Ein russischer Teilnehmer gab zu bedenken, dass das Haupthindernis für mehr Stabilität in Afghanistan nicht innenpolitische Kräfte, sondern externe Akteure wie etwa Pakistan seien.

In Hinblick auf das Erstarren des Islamischen Staates in Afghanistan schätzten die Teilnehmer, dass der Ableger in Afghanistan die umfassende Ideologie und expansionistischen Ambitionen des IS als Ganzes nicht teile und stattdessen vorrangig innenpolitisch motiviert sei. Die Teilnehmer gingen der Frage nach, ob bestimmte Gruppierungen der Taliban in Friedensverhandlungen mit eingebunden werden müssten, es blieb aber offen, welche Gruppierungen angesprochen werden sollten und wie ein nationaler Versöhnungsprozess organisiert werden könnte.

Schließlich wandte ein deutscher Teilnehmer ein, dass die Hauptmotivation des Wes-

tens für den Einsatz in Afghanistan – die Anschläge vom 11. September – keine hinreichende Rechtfertigung für die Fortsetzung der Mission mehr sei. Dennoch könne ein vorzeitiger Rückzug einen »failed state« zum Ergebnis und möglicherweise den Zerfall des Landes in einen nördlichen und einen südlichen Teil zur Folge haben. Das würde sich negativ auf die regionale Dynamik auswirken und enorme Herausforderungen insbesondere für Russland mit sich bringen. Ein russischer Teilnehmer stimmte zu, dass für die Stabilität des Landes die Fortsetzung der »Resolute Support Mission« einem vollständigen Abzug der NATO vorzuziehen sei, und erwiderte, dass die USA zu viele Ressourcen in Afghanistan investiert hätten, um das Schiff vorzeitig zu verlassen. Allerdings werde die Rolle der USA in Afghanistan in einem weit aus negativeren Licht wahrgenommen als die Rolle Deutschlands.

Über den German-Russian International Dialogue (GRID)

Im Rahmen des German-Russian International Dialogue (GRID) kommen zweimal im Jahr russische und deutsche Politiker und Experten zusammen, um in vertraulicher Atmosphäre über Fragen europäischer Sicherheit und die Beziehungen zwischen Russland und der EU zu diskutieren. Ziel ist es, im Rahmen einer konstanten Teilnehmergruppe in kontinuierlichem Austausch zu bleiben und sich über Perspektiven der europäisch-russischen Beziehungen zu verständigen. Die Treffen finden abwechselnd in Moskau und Berlin statt. Die Körber-Stiftung führt dieses Projekt in Kooperation mit dem Russian International Affairs Council (RIAC) durch.

Diese Zusammenfassung wurde von der Körber-Stiftung verfasst. Sie enthält eine Auswahl von Argumenten, die aus unserer Sicht für die gegenwärtige politische Debatte relevant sind, und wird an die Teilnehmenden des German-Russian International Dialogue und ausgewählte politische Entscheidungsträger versandt.

GERMAN-RUSSIAN INTERNATIONAL DIALOGUE

Koordination Nora Müller, Leiterin Bereich Internationale Politik

Programmleitung Liana Fix

Programm-Management Julia Palm

Adresse Körber-Stiftung
Hauptstadtbüro
Pariser Platz 4a
10117 Berlin
Telefon +49 · 30 · 20 62 67 - 69
Fax +49 · 30 · 20 62 67 - 67
E-Mail ip@koerber-stiftung.de
Twitter @KoerberIP
@MuellerNora
@LianaFix
facebook.com/KoerberStiftungInternationalAffairs
koerber-stiftung.de/internationale-politik

© Körber-Stiftung, Hamburg 2017

Redaktion Luise Voget, Liana Fix
Übersetzung Tim Jack
Layout Das Herstellungsbüro, Hamburg

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Dr. Lothar Dittmer, Körber-Stiftung, Kehr wieder 12, 20457 Hamburg

Alle Rechte vorbehalten.



Körper-STIFTUNG
Forum für Impulse

**Wir wollen
anstiften.**

Mehr erfahren: www.koerber-stiftung.de

Mehr erleben: www.koerberforum.de

Mehr lesen: www.edition-koerber-stiftung.de